

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags aus-
genommen. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin
10.- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Po-
stbezugs nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Preisband
beziehen für Deutschland und Österreich 10,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M.,
einschließlich Porto-Aufschlag, per Viertel für Deutschland und Österreich 30.- M.,
sonstige Postämter, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 50b.

Die achtzehnjährigen Konzeptionsstellen oder deren Raum kostet 5.- M. einschließlich
Teuerungsaufschlag. Kleine Anzeigen: Das festgesetzte Wort 2.- M., jedes weitere
Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungsaufschlag. Große Anzeigen laut Tarif.
Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 3,50 M. netto pro Zeile. Druck-Verfahren
in Wort-Anzeigen: Das festgesetzte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M.
Verlagsredaktion: Zentrum 2020, 2045, 4510, 4903, 4935, 4940, 4923

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

An die sozialistischen Parteien aller Länder!

I.
Durch den Weltkrieg ist die Periode der entscheidenden Kämpfe zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie um die Macht im Staate eingeleitet worden.

Das unmittelbare Ergebnis des Weltkrieges ist die Weltherrschaft des britischen und amerikanischen Kapitalismus, der auf dem europäischen Festlande dem französischen Militarismus, in Ostasien dem japanischen Imperialismus die Vorherrschaft überläßt.

Zunächst hat der Sieg in den herrschenden Ländern die Macht der Kapitalistenklasse gefestigt, den auf der Arbeiterklasse dieser Länder lastenden Druck verschärft. Gleichzeitig ist aus dem Krieg ein Weltherrschaftssystem hervorgegangen, das unmittelbar gegen die proletarische Revolution in Ost- und Mitteleuropa und gegen die Freiheitsbestrebungen der unterdrückten Nationalitäten und Kolonialvölker gerichtet ist. Die Sieger versuchen durch die russische Sowjetrepublik, den vorgeschobenen Posten der sozialistischen Revolution, niederzuwerfen. Sie benutzen die wirtschaftliche Abhängigkeit der besiegten mitteleuropäischen Länder dazu, um die Entfaltung der proletarischen Revolution in diesen Ländern zu verhindern. Sie bedienen sich der blutbesten Konterrevolutionären Gewalten in Ungarn, Polen und Rumänien als ihrer Schergen sowohl gegen Sowjetrußland als auch gegen das mitteleuropäische Proletariat. Sie unterstützen in Deutschland, in Österreich, in der Ukraine, in der Tschechoslowakei die gegenrevolutionären Bestrebungen. Jeder revolutionären Bewegung in Italien droht die Entrossung durch die Hungerblöde. Durch ökonomische Repressalien und finanzielle Erpressung machen sie sich die kleinen Staaten der Freiheitsbestrebungen der vorderasiatischen Völker in einem Meer von Blut.

Dieses kapitalistische System wird immer mehr unverwundbar mit den wirtschaftlichen und sozialen Lebensverhältnissen der proletarischen Massen in den Ländern der Sieger selbst.

Die Blockade über Rußland und die durch die Friedensverträge herbeigeführte wirtschaftliche Zerstörung Mittel- und Ost-Europas schließen den größten Teil Europas vom Weltmarkt aus. Dadurch werden nicht nur die Völker Ost- und Mitteleuropas in unerträgliche Not gestürzt, die für alle nationalsozialistischen und konterrevolutionären Bestrebungen den stärksten Nährstoff bildet, es werden auch die westeuropäische und amerikanische Industrie und Produktion ihrer wichtigsten Waren beraubt und dadurch in schwere Krisen getrieben. Ueber die die Arbeitslosigkeit von Millionen hemmen. Ueber die augenblickliche Krise hinaus droht den Arbeitern der westlichen Länder die Gefahr, daß Ost- und Mitteleuropa zu ihren Lohnbrüdern werden, die die Lebenshaltung der westeuropäischen und der amerikanischen Arbeiterschaft jahrzehntlang darniederhalten würden.

Diesen Tatsachen gegenüber ist es notwendig, alle Kräfte des Weltproletariats zu sammeln und in den Mittelpunkt seines Kampfes die sozialistischen Endforderungen zu stellen.

Der Weltherrschaft des Kapitalismus muß das Proletariat seine eigene Weltpolitik entgegensetzen. Aufgabe dieser Politik muß es sein, Sowjetrußland gegen die Angriffe der imperialistischen Westmächte tatkräftig zu verteidigen, die konterrevolutionären Intrigen des französischen Imperialismus in Mitteleuropa zu durchkreuzen, die revolutionären Bewegungen in Ost- und Mitteleuropa von den Fesseln, die der westeuropäische Imperialismus ihnen auferlegt hat, zu befreien, die um ihre Freiheit kämpfenden Nationalitäten und Kolonialvölker gegen das Herrschaftssystem des Kapitalismus zu unterstützen und so alle revolutionären Kräfte der Welt gegen die Herrschaft des Imperialismus zu vereinigen.

II.

Diese Aufgabe kann das Weltproletariat nur erfüllen, wenn es geeinigt durch die Grundzüge des revolutionären Sozialismus, gestählt durch einen unerschütterlichen Kampfwillen, all seine Kräfte zu diesem Zwecke in einer mächtvollen internationalen Organisation zusammenschließt.

Zur Stunde entbehrt das Proletariat dieser internationalen Organisation. Der Weltkrieg hat die zweite internationale zerstört.

Sie ging zugrunde an der Haltung der in ihr vereinigten Parteien, die vor dem Imperialismus kapituliert haben. Statt ihre Kräfte zum Kampf gegen den Krieg zu vereinigen, ergrißen sie für die eine oder andere Machtegruppe Partei. Sie machten es sich selbst dadurch unmöglich, für die Beendigung des Krieges zu wirken. Die

Zimmerwalder Konferenzen haben gezeigt, daß auch während des Krieges eine von den Grundzügen des Sozialismus geleitete internationale proletarische Politik möglich war. Sie haben damit den Beweis erbracht, daß die zweite internationale, zu einer solchen Politik unfähig, ihre geschichtliche Aufgabe nicht erfüllt hat. Das Ergebnis dieses Verjagens der in der zweiten internationale vereinigten sozialistischen Parteien war, daß Daß und Mißtrauen die Arbeitermassen der einzelnen Länder voneinander schieden und dadurch die zweite internationale zerfiel.

Die zweite internationale existiert somit nicht mehr.

Die Organisation, die sich heute als zweite internationale bezeichnet, ist nur noch die Zusammenfassung jener Parteien, die den rein reformistischen und nationalsozialistischen Flügel der internationalen Arbeiterbewegung bilden. Diese Parteien verkennen theoretisch die historischen Notwendigkeiten des revolutionären Klassenkampfes, indem sie sich ohne Rücksicht auf die Besonderheiten der einzelnen Länder und der einzelnen Entwicklungsphasen auf die demokratischen Methoden beschränken. Sie geben praktisch den revolutionären Kampf um die Rechte der Arbeitermassen auf, indem sie den reformistischen Ministerialismus zulassen und in ihm den Weg zum Sozialismus sehen. Diese Parteien sind es, deren Haltung während des Krieges und nach dem Krieges das Vertrauen der Arbeitermassen der einzelnen Länder zu einander am schwersten erschüttert hat.

Die sogenannte zweite internationale, nicht fähig, die lebendigen Kräfte des klassenbewußten Proletariats in sich zu vereinigen, ist nur noch ein Element der Zerstörung der Einheit im proletarischen Klassenkampf.

Die kommunistische internationale hat sich selbst als die dritte internationale bezeichnet und damit für sich das Recht und die Pflicht beansprucht, das geschichtliche Werk der ersten und zweiten internationale fortzusetzen und abzuschließen. In Wirklichkeit aber ist die Moskauer internationale heute nur eine Zusammenfassung der kommunistischen Parteien, und sie kann nichts anderes werden, solange sie an den Beschlüssen ihres zweiten Kongresses festhält. Sie drängt die Methoden, die die Bolschewiki in der proletarisch-bäuerlichen Revolution Rußlands angewendet haben, den Arbeiterpartei aller anderen Länder als Schablone auf. Ohne Rücksicht auf die Mannigfaltigkeit der Bedingungen des Klassenkampfes in den einzelnen Ländern, ohne Rücksicht auf die räumliche und zeitliche Bedingtheit der im Klassenkampf anzuwendenden Methoden will sie die Autonomie der einzelnen sozialistischen Parteien, die allein die konkreten Kampfbedingungen ihres Landes vollständig zu beurteilen vermögen, restlos aufheben und sie einer mit diktatorischen Vollmachten ausgestatteten internationalen Zentralstelle unterordnen. Sie will eine besondere aus den Rußland eigentümlichen kulturellen Verhältnissen erwachsene Organisationsform den sozialistischen Parteien aller Länder aufzwingen.

Sie arbeitet bewußt auf die Zertrümmerung derjenigen sozialistischen Parteien hin, die sich nicht widerstandslos ihrem Diktat beugen.

Sie will die Gewerkschaften den Parteien unterordnen und erstrebt die Spaltung der internationalen Gewerkschaftsbewegung, die heute die einzige geschlossene internationale Klassenorganisation des Proletariats darstellt. Sie legt an die Stelle des konkreten durch die gegebenen Existenzbedingungen des Proletariats in jedem einzelnen Lande bestimmten Klassenkampfes eine Sektenbewegung, die nach vorgefahrem, für alle Länder gleichem Plane vorgehen soll, von einer internationalen Zentralstelle aus geleitet werden soll. Auf diese Weise macht die kommunistische internationale sich selbst unfähig, das gesamte klassenbewußte Proletariat in ihrem Schoße zu vereinigen.

III.

Hat die sozialistische Weltpolitik des Proletariats und die Verwirklichung des revolutionären Sozialismus das Bestehen einer aktionsfähigen internationalen Kampforganisation zur Voraussetzung, so kann eine solche Organisation nur geschaffen werden durch den unablässigen Kampf des Proletariats eines jeden Landes gegen die kapitalistische Klassenherrschaft, wobei Kampfmittel und Taktik bestimmt sind durch den jeweiligen Reifegrad der revolutionären Situation. Die Arbeiterklasse kann in der Zeit, da sie noch als politische Minderheit innerhalb des bürgerlichen Staates kämpft, ihre Aktionsmittel weder auf die bisherigen Methoden des rein gewerkschaftlichen und politisch-parlamentarischen Kampfes beschränken, noch die Methoden der in akuten revolutionären Kämpfen stehenden Arbeiter- und Bauern-

massen auf andere Länder schablonenhaft übertragen. Sobald das Proletariat die politische Macht erobert hat, wird es überall dort, wo die Bourgeoisie die proletarische Staatsgewalt sabotiert oder sich gegen sie auflehnt, diktatorische Mittel anwenden.

Die Diktatur, d. h. die Anwendung aller staatlichen Gewaltmittel durch das zur herrschenden Klasse gewordene Proletariat, um die Widerstände niederzuzwingen,

die die Bourgeoisie der Verwirklichung des Sozialismus entgegensetzt, ist eine Uebergangsphase im Entwicklungsgange vom kapitalistischen Klassenstaat zum sozialistischen Gemeinwesen. Es hängt von den gegebenen ökonomischen, sozialen und politischen Verhältnissen des einzelnen Landes ab, welche Formen die Diktatur annehmen wird. Sollte das Proletariat mit den Mitteln der Demokratie die Macht erobern, so wäre im Falle des Widerstandes der Bourgeoisie auch die demokratische Staatsgewalt zur Anwendung der Diktatur gezwungen. Wird jedoch in der Periode der entscheidenden Machtkämpfe die Demokratie durch die Schärfe der Klassengegensätze gesprengt, so muß die Diktatur die Form einer Diktatur proletarischer Klassenorganisation annehmen. Organe der Diktatur können je nach den Verhältnissen des einzelnen Landes

Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte, lokale Selbstverwaltungskörper (Kommunen) oder andere, dem Lande eigentümliche Klassenorganisationen

sein. Inbes nicht nur die Diktatur, auch die schließliche Struktur der proletarischen Demokratie in den einzelnen Ländern muß ihren besonderen Verhältnissen angepaßt sein. Wie sich die bürgerliche Revolution in den verschiedenen Ländern in ganz verschiedenen Formen vollzogen hat, so wird, da die Stufe der kapitalistischen Entwicklung nicht in allen Ländern dieselbe ist, auch die proletarische Revolution in den einzelnen Ländern sich in mannigfaltigen Formen vollziehen. Auf Grund dieser gemeinsamen, vom Geiste des revolutionären Marxismus durchdrungenen Anschauungen haben sich in den Tagen vom 5. bis 7. Dezember Vertreter folgender Parteien in Bern zu einer Vorkonferenz versammelt:

1. Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
2. Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutsch-Osterreichs,
3. Sozialdemokratische Partei Frankreichs,
4. Unabhängige Arbeiterpartei Großbritanniens,
5. Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands,
6. Sozialdemokratische Partei der Schweiz,
7. Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik.

Angeichts der sich stets verschärfenden Weltreaktion, der nach dem Weltkriege rasch wieder geschlossenen internationalen Kampffront der Bourgeoisie, der Notwendigkeit einer internationalen Abwehraktion des Proletariats sowohl zum Schutze der bereits vorhandenen revolutionären Errungenschaften als zur systematischen Förderung der revolutionären Entwicklung, im Hinblick auf die starke, jeden wirksamen Kampf zerstörende Zerrissenheit der proletarischen Kräfte in allen Ländern sind die Teilnehmer der Vorkonferenz übereingekommen, den sozialistischen Parteien die Beschickung der am 22. Februar 1921 in Wien stattfindenden internationalen sozialistischen Konferenz zu empfehlen. Sie schlagen als provisorische Tagesordnung vor:

1. Konstituierung.
2. Der Imperialismus und die soziale Revolution.
3. Methoden und Organisation des Klassenkampfes.
4. Der internationale Kampf gegen die Konterrevolution.

Den auf dieser Konferenz vertretenen Parteien wird die Aufgabe zufallen, untereinander als geschlossene Gemeinschaft in engster Fühlung zu bleiben und darüber hinaus alle Kräfte des internationalen Proletariats zur gemeinsamen Aktion gegen den internationalen Kapitalismus und Imperialismus zu vereinigen und schließlich die Bildung einer wirklichen internationale des klassenbewußten Proletariats herbeizuführen.

Zugelassen zu dieser Konferenz werden alle sozialistischen Parteien, die aus der zweiten internationale ausgeschieden sind und auf dem Boden der in diesem Aufruf niedergelegten Grundzüge stehen. Die Anmeldungen zur Teilnahme an dieser Konferenz haben bis zum 1. Februar 1921 an Friedrich Adler, Wien V, Rechte Wienzeile 97, zu erfolgen.

Zur Vorbereitung der Beratungen hat die Vorkonferenz eine aus fünf Genossen bestehende Kommission eingesetzt, die den sich anschließenden Parteien rechtzeitig zu den Gegenständen der provisorischen Tagesordnung entsprechende Anträge unterbreiten wird.

Bern, den 7. Dezember 1920.
Friedrich Adler (Wien) Otto Bauer (Wien) Karl Cermak (Tepliz, Tschechien) Artur Crispian (Berlin) Paul Faure (Paris) Paul Graber (Bern)
Robert Grimm (Bern) Rudolf Hilferding (Berlin) August Huggler (Bern) Francis Johnson (London) Georg Ledebour (Berlin) Jean Longuet (Paris)
L. Martow (Moskau) Ernst Reinhard (Bern) Kurt Rosenfeld (Berlin) E. Shinwell (Glasgow) R. C. Wallhaed (Manchester).

Theorie und Praxis

Lenin über die Konzessionen

Dr. Helmsfors, 8. Dezember.

Die „Krajnaja Goleta“ gibt eine Rede wieder, die Lenin auf einer Konferenz der Vertreter der kommunistischen Zellen gehalten hat. Lenin äußerte sich eingehend über die Frage der Konzessionen, welche, wie aus zahlreichen Artikeln der gesamten Sowjetpresse hervorgeht, die öffentliche Meinung des Auslandes stark beschäftigen.

„Die Sozialisten — sagte Lenin — erblicken in der Gewährung der Konzessionen einen Bankrott des Kommunismus. Wenn das ausländische Kapital sich um Konzessionen bei uns bewirbt, so ist das aber nur ein Beweis dafür, daß die Bourgeoisie unsere Unbesiegbarkeit anerkannt hat.“

Die Weltrevolution, auf die wir gerechnet hatten, läßt zwar noch auf sich warten, aber man hat uns auch nicht besiegen können. Vorläufig bietet uns das bürgerliche Kapital noch Vorteile. Der amerikanische Milliardär hat gesagt, daß Amerika Kamischatta zu kaufen wünsche, und hat dabei darüberschreiben lassen, daß dies deswegen geschehe, um eine Kriegsbasis gegen Japan zu haben. Wenn wir Kamischatta verkaufen, würde die Begeisterung der amerikanischen Bevölkerung ihre Regierung dazu zwingen, uns anzuerkennen. Wir werden in diesem das Gebiet nur in eine 10jährige Pacht geben, weil die Gefahr besteht, daß Japan uns Kamischatta rauben könnte. Wir können es jedenfalls mit eigenen Kräften nicht ausbeuten. Der Vertrag ist noch nicht unterzeichnet. Außerdem vergeben wir einige Millionen Dehjainen Wald im Inhabergeländlichen Gouvernment in schachbrettartiger Verteilung in Pacht. In den hineingestrenten nicht verpachteten Bezirken werden unsere Arbeiter an den westlichen technischen Methoden lernen können.

Die Gewährung der Konzessionen bedeutet keinen Frieden, sie bedeutet vielmehr einen Krieg in anderer Form. Wenn die Kapitalisten den Versuch machen wollten, uns zu betrogen und unsere Geleise zu umgehen, so haben wir für diesen Fall unsere außerordentliche Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolution und Spekulation mit ihren Gouvernementszweigen, die ihre Maßnahmen zu treffen wissen wird. Im Fall eines Krieges verbleibt uns das Eigentum der Ausländer. Die Revolution geht in Zickzacklinien vor sich. Wir haben nicht die Absicht, uns auf die Kriegsgewalt allein zu beschränken, um die Bourgeoisie zu besiegen.“

Daß Rußland gezwungen ist, dem Kapitalismus Konzessionen zu machen, liegt an dem Darunterliegen des russischen Wirtschaftslebens, das mit den prinzipientreuen kommunistischen Grundsätzen allein nicht wieder in Gang gebracht werden kann. Die Verhältnisse sind eben oft stärker als der menschliche Willen, und selbst Lenin muß sich davor beugen. Daß die Konzessionen an den ausländischen Kapitalismus einem Sieg des bolschewistischen Gedankens gleichkommen, ist allerdings eine Behauptung, die mit den Tatsachen nicht in Einklang zu bringen ist.

Die Regierungsbildung in Sachsen

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)

Dresden, 9. Dezember.

In der heutigen Sitzung der sächsischen Volkskammer wurde der Rechtssozialist Bud mit einer Stimme Mehrheit zum sächsischen Ministerpräsidenten gewählt. Er wird nunmehr ein Kabinett aus Rechtssozialisten und Unabhängigen Sozialdemokraten zusammenstellen können. Ueber den Verlauf der Sitzung wird uns folgendes mitgeteilt:

Zu Beginn der Sitzung gab der Kommunist Renner die Erklärung ab, daß die Verfassung gestürzt und in Sachsen die Räterepublik errichtet werden müßte. Diese Erklärung der Kommunisten erzeugte zunächst stieliche Bestürzung, weil es nach dieser Erklärung fraglich erschien, ob die Kommunisten, wie sie versprochen hatten, für den rechtssozialistischen Ministerpräsidenten überhaupt stimmen würden. Die Rechtssozialisten beantragten nach der Erklärung Renners Verzögerung der Sitzung auf eine Stunde. Ministerpräsident Bud gab, nachdem die Sitzung wieder aufgenommen wurde, die Erklärung ab, daß er nur auf Grund der Verfassung das Amt eines Ministerpräsidenten übernehmen könne. Er sei nach der Verfassung verpflichtet, auf die Verfassung zu schwören. Er habe nicht um die Stimmen einer Partei. Im Anschluß daran erklärten die Rechtssozialisten, daß für sie ihr Parteiprogramm maßgebend sei. Sie hielten sich im übrigen an die mit der U. S. P. D. getroffenen Vereinbarungen. Die U. S. P. D. erklärte sich bereit, die Erklärung ab, daß sie sich deshalb an einer sozialistischen Regierung beteiligen, um eine Orgeßch-Regierung der Konterrevolution zu verhindern. Schließlich erklärten die Kommunisten, daß sie für die sozialistische Regierung stimmen würden. Sie würden aber den Arbeitern dadurch zeigen, daß auch eine sozialistische Regierung nichts erreichen kann.

Nach diesen Erklärungen schritt man zur Stimmabgabe. Die Bürgerlichen, von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten, stimmten geschlossen gegen Bud. Bud wurde mit einer Stimme Mehrheit, mit 48 Stimmen, gewählt. Daß er nicht 49 Stimmen erhielt, liegt daran, daß der eine gewählte Kommunist bis jetzt noch nicht festzustellen ist.

Seckit, der Gesetzgeber

Seit Wochen ist in der Presse das neue Reichswehrgesetz besprochen worden. Das Gesetz ist aber bisher dem Reichstag noch nicht zugegangen, obwohl dazu genügend Zeit vorhanden war. Nun muß aber nach dem Abkommen von Spa am 1. Januar von den Soldaten die Verpflichtung zur zwölfjährigen ununterbrochenen Dienstzeit gefordert werden. Das unter dem Befehl des Generals von Seckit stehende Reichswehrministerium wußte sich zu helfen. Es hat ein Verzeichnis zusammengestellt, das einen Auszug aus dem Wehrgesetz und die dazu notwendigen Ausführungsbestimmungen wiedergibt.

Das famose Verzeichnis enthält natürlich auch die Bestimmungen, die den Soldaten das verfassungsmäßige Recht rauben, politischen Vereinen anzugehören oder politische Versammlungen zu besuchen. Das Reichswehrministerium hat sich damit Vollmachten angemahnt, die ihm nicht zustehen. Es hat nicht das Recht, den Truppen Auszüge aus einem Gesetz vorzulegen, das nach gar nicht beschlossen worden ist. Diese Anmaßung wird nur dadurch erklärlich, daß Herr Seckit glaubt, sich im Kriegsstand mit der Besetzung und den geschwebenden Aktenstücken zu befinden, und daß es bisher im Reichstag noch niemand gewagt hat, Herrn Seckit ganz deutlich zu sagen, daß er nicht zu befehlen, sondern zu gehorchen hat. Denn er ist nichts weiter als ein Begehrter des Staates, von dem er kein Gehalt bezieht und dessen Gesetzentwürfen und Gebrauchen er sich wie jeder andere Bürger zu unterwerfen hat.

Herr Seckit hat ebensowenig das Recht, über die Zusammenlegung der Reichswehr und die Wünsche der Soldaten gesetzlichen Vorschriften zu erlassen, wie irgendein Droßkulischer.

Das Reichswehrministerium und Herr Seckit wußten seit Monaten, welche Verpflichtungen aus dem Abkommen von Spa auferlegt. Im Reichswehrministerium wimmelt es von überflüssigen Beamten, die Zeit genug haben, das Gesetz auszuarbeiten, aber es liegt eine absichtliche Verschleppung vor, die keine andere Vermutung offen läßt, als die: es sollen über die Zusammenlegung der Reichswehr möglichst lange unklare Verhältnisse vorliegen, damit, wenn der nächste Putsch gelingen sollte, ohne Störung der früheren Zustände der allgemeinen Wehrpflicht wiederhergestellt werden kann.

Für unsere Fraktion ist die Sache sehr einfach. In den nächsten Tagen wird der Ränimilliardendetat der Reichswehr im Plenum beraten. Wir werden verlangen, den Etat solange auszusetzen, bis das Reichswehrgesetz vorliegt. Denn es ist unmöglich, über die Kosten eines Projektes zu beraten, dessen Beschaffenheit absichtlich geheimgehalten wird.

Die Orgeßch-Regierung

Die deutsche Regierung hat an den Vorkämpfern der Interalliierten Militärkommission eine Note gerichtet, in der sie die Entente das Recht bestreitet, die Auflösung der Selbstschutzorganisationen zu fordern, da sie nach dem Friedensvertrag dazu angeblich nicht verpflichtet sei. Die Errichtung von Selbstschutzorganisationen sei eine innere Angelegenheit Deutschlands, die nur vorübergehenden Charakter trage.

Die Entwaffnung der Einwohnerwehr sei entsprechend dem Abkommen von Spa im Gange. In Bayern und Ostpreußen habe auf Grund der besonderen Verhältnisse bisher darüber eine Verzögerung Platz greifen müssen. Die bayerischen Wehren sind nach Meinung der deutschen Regierung eine zivile Einrichtung zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, sie unterstehen den Regierungsstellen, ihre Einberufung erfolgt durch die Verwaltungen.

Die Waffenlager der Reaktion

Wie die „Dona“ berichtet, wurden in der Nacht vom 6. zum 7. Dezember auf dem Gut Treibitz bei Raumburg a. S. ein geheimes Waffenlager ausgehoben. Es bestand sich in einem Felsenkeller in der Nähe der Kulelsburg, der sonst als Bierlagerraum benutzt wurde. Gefunden wurden 38 Gewehre, Modell 88, 6 Karabiner, 8 schwere M.G., 10 leichte M.G., 100 Schußwaffen und Wasserläden, 9 Erleichterte für Maschinengewehre, 2 komplette leichte Minenwerfer, 2 Fahrzeug, bestehend aus Beuge und Kraftwagen für M.G., 5 Selbstladepistolen, 40 000 Schuß Gewehrmunition, teils gegürtet, teils in Vadelröhren, und einige 100 Schuß Selbstladepistolenmunition, gut gereinigt und elugeliefert. Die Ermittlungen haben ergeben, daß das Waffenlager von den Rechtsparteien dort angelegt worden ist. Der Schlüssel zu dem Bestek befindet sich in den Händen des Oberst a. D. von Schönberg.

Waffenlager der Reaktion befinden sich auch in der Mark Brandenburg. So wird uns aus Schönsfeld, Kreis Teltow, berichtet, daß sich dort eine „Flugschützengruppe“ (Schützmarke Elberich), gebildet hat. Sie vertritt über die Waffenbestände der früheren Einwohnerwehr und hat jetzt noch in ihrem Besitz drei Maschinengewehre, 80 Infanteriegewehre, 200 Stielhandgranaten und reichliche Munitionsvorräte. Die Handgranaten liegen ganz offen zur Schau. Die Kinder spielen damit, verschleppen sie oder tragen sie nach Hause.

Schönsfeld ist nur ein kleiner Ort, anderwärts sind noch größere Waffenbestände vorhanden. Was geschieht gegen die Besitzer? Nichts, weil sie zur Gegenrevolution gehören, die von der Reichsregierung legalisiert worden ist. Wären die Besitzer Arbeiter, Republikaner oder Sozialisten, dann würden sie auf der Stelle eingesperrt, es würde ihnen der Prozeß gemacht, sofern sich nicht vorher schon die Gelegenheits löde, die Beschuldigten „auf der Flucht“ zu erschließen. (Siehe den Fall Voalhe.)

Wulle diktiert!

Ein unheilvoller Entschluß

Die Heze, die die „Deutsche Zeitung“ in diesen Tagen gegen die Betreibung der russischen Kriegsgefangenen in Berlin sowie gegen die Zentralstelle der deutschen Kriegsgefangenen begonnen hat, scheint von Erfolg begleitet zu sein. Obwohl mehr als einmal amtlich festgestellt ist, daß alle Behauptungen der „Deutschen Zeitung“ entweder einseitig oder völlig frei erfunden sind, hat doch das Kabinett, wenn wir richtig unterrichtet sind, sich bewegen lassen, dieser Heze nachzugeben. Morgen wird die deutschnationalen Interpellation über die Kriegsgefangenenlager zur Debatte stehen.

Die Regierung wird nun, um die Deutschnationalen zu beruhigen, eine Erklärung abgeben, daß sie die Verwaltung der Kriegsgefangenenlager künftig dem Reichswehrministerium übertragen wird. Sollte in der Tat, wie uns mitgeteilt wird, ein bezüglicher Kabinettsbeschluss vorliegen, so müßten wir noch in letzter Stunde die Regierung warnen, den Bogen in dieser Zeit nicht zu überspannen. Nichts kann auf die augenblicklichen innerpolitischen wie außenpolitischen Verhältnisse ungünstiger einwirken als die Schaffung neuen Konfliktsmaterials mit Sowjet-Rußland.

Die Regierung scheint sich nicht klar darüber zu sein, daß die Aufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen mit Sowjet-Rußland nicht länger hinausgeschoben werden kann, und daß alle ihre politischen Gründe dagegen in den nächsten Wochen vor dem Zwang der Tatsachen platzen zusammenbrechen werden. Die Regierung verhält aber offenbar auch, daß von ihren Maßnahmen das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in Rußland abhängt, und daß sie die russische Regierung geradezu provoziert, mit Repressionsmaßnahmen gegen unsere Kriegsgefangenen vorzugehen.

Wir nehmen deshalb an, daß die Regierung noch in letzter Stunde die volle Tragweite ihrer Maßnahmen sich klarmachen wird und vor jeder durch die deutschnationalen Heze verursachten Verschärfung des Loses der russischen Kriegsgefangenen zurücktreten wird.

Das Streikrecht der Beamten

Eine unabhängige Interpellation

Im Auftrage der Unabhängigen Fraktion haben Genossin Zieg und Genosse Breunig folgende Interpellation eingebracht:

Nach einer als amtlich bezeichneten Pressenmeldung hat das Reichskabinett einen Beschluß gefaßt, der den Beamten das Streikrecht verweigert. Auf Grund dieses Kabinettsbeschlusses hat der Reichs-Postminister nach unwiderprochenen Pressenmeldungen an alle Dienststellen im Reichspostbetriebe ein Telegramm gerichtet, in dem es heißt:

Gegen Beamte, die streiken oder ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck geben, wird das Disziplinarverfahren mit dem Ziel auf Dienst-

entlassung eröffnet. Hilfskräfte, die sich dieser Bewegung anschließen, werden kritlos entlassen.“

Dieses Vorgehen hat unter den Beamten große Erregung und Empörung hervorgerufen, die um so berechtigter ist, als sich die Reichsregierung zu bedenken laßt durch die Berufung auf eine von der preussischen Regierung im Einverständnis mit der damaligen Reichsregierung am 2. Februar 1920 abgegebenen Erklärung, die ein Koalitionsrecht ohne Streikrecht zu konstruieren suchte. Diese unmaßgebliche Konstruktion wurde versucht in einer Zeit des Ausnahmezustandes und der Willkürdiktatur der außerordentlichen Landesgerichte und der Standgerichte, als alle Staatsbürgerlichen Rechte aufgehoben waren und die Willkür der Noole und seine Vertreter, die den Staatsverrat der Rapp und Lüttich vorbereiteten.

Nach der Wiederherstellung des Rapp-Bundes durch die Organisation der Arbeiter, Kampfbündnisse und Beamten hielten alle Beschränkungen der staatsbürgerlichen Rechte und Freiheiten der vorausgegangen Monate, und der verfassungsmäßige Zustand wurde wieder herbeigeführt.

Der Artikel 159 der Reichsverfassung gewährt dem Beamten das Koalitionsrecht, dessen wichtigster Bestandteil das Streikrecht ist. Der Beschluß des Reichskabinetts und die Verfügung des Reichspostministers, die das Koalitionsrecht der Beamten zu einem Neßer ohne Heiß und Klinge“ machen, stellen sich demnach als ein Mißfall in die Verfassung vor dem Rapp-Putsch und als eine Verletzung der Reichsverfassung, durch welche die Beamten zu Staatsbürgern zweiter Klasse degradiert werden.

Als die Reichsregierung bereit, ihr verfassungswidriges Verhalten preiszugeben, die Verfügung des Reichspostministers sofort aufzuheben und das Streikrecht der Beamten anzuerkennen?

Der neue österreichische Bundespräsident

Wien, 9. Dezember.

Die Bundesversammlung wählte mit 129 von 134 Stimmen Dr. Michael Hainisch zum Bundespräsidenten. Auf sich entfielen 83 sozialdemokratische Stimmen. Der gewählte Bundespräsident gehört keiner Partei an. Er hat sich schriftstellerisch und praktisch auf nationalökonomischen und sozialpolitischem Gebiet betätigt. Er ist der Sohn der bekannten Wiener Frauenrechtlerin Marianne Hainisch. Der Präsident ist 60 Jahre alt.

Der Fall Deutsche Werke A.-G.

Amlich wird mitgeteilt: In der Sitzung des Ausschusses der Deutschen Werke A.-G. am 7. d. M. sind folgende Beschlüsse gefaßt worden:

Der Aufsichtsrat anerkennt, daß die Direktion der Deutschen Werke A.-G. den Vertrag mit Herrn Cohen in dem guten Glauben abgeschlossen hat, den Deutschen Werken zu nützen. Er hält den Vertrag nicht für vorzeitig für die Deutschen Werke. Angeht die Rechtlage und der von beiden Vertragspartnern anerkannten authentischen Interpretation, die den Vertrag wesentlich weniger ungünstig erscheinen läßt, sieht sich der Aufsichtsrat zu seiner Aufrechterhaltung verpflichtet. Im übrigen stellt der Aufsichtsrat fest, daß die Direktion ihre Pflicht voll erfüllt hat.

Der Aufsichtsrat beschließt ferner: einen engeren Ausschuss von vier Mitgliedern unter dem Vorsitz des Herrn Reichssozialministers einzusetzen, der berechtigt ist, die Verhältnisse der Deutschen Werke A.-G. zu untersuchen und über organisatorische Fragen Vorschläge zu machen. Der Aufsichtsrat bittet den Vorstand, bis auf weiteres die Geschäfte fortzuführen.

Aus dem Stadtparlament

In der gestern abend stattgefundenen Stadtordehnungsversammlung wurde u. a. ein Antrag der Kommunisten verhandelt betrefend

Neueinstellungen von Beamten

Der Antrag forderte, daß die Neuschaffung von Beamtenstellen zu unterbleiben hat. Die bisher auf Privatdienstvertrag Angestellten sollen auch weiterhin in dem bisherigen Anstellungsverhältnis bleiben. Neueinstellungen sollen nur auf Privatdienstvertrag erfolgen.

Zur Begründung des Antrages verlas der Kommunist Degener ein recht umfangreiches Manuskript. Er wandte sich besonders gegen die „Verlager“ unter den Beamten. Der Reichssozialist mit unfähigen Beamten müsse Einhalt geboten werden. Im Namen seiner politischen Freunde stellte Degener noch einen Ergänzungsantrag, der die Beseitigung der Personalisten für Arbeiter, Angestellte und Beamte verlangt.

Paul Hirsch (S. P. D.) wandte sich gegen den kommunistischen Antrag mit dem Hinweis, daß der Antrag im Widerspruch steht mit der Reichs- und Staatsverfassung und einer Reihe von Gesetzen. Gegen Beamte, die ihre Pflicht verstehen, müsse selbstverständlich vorgegangen werden.

Der rechten Seite des Hauses gaben die Ausführungen Degeners den willkommenen Anlaß, aus agitatorischen Gründen in einem Meer von erdichter Beamtenfreundlichkeit herumzusprechen. Genosse Beid vertrat den Standpunkt, daß Einzelfälle über unbrauchbare Beamte unter keinen Umständen verfassungsmäßig werden dürften. Der Antrag der Kommunisten bringe Beamte und Angestellte in einen Gegensatz. Das Gesetz Groß-Berlin schätze die Rechte der Beamten, andererseits würde aber eine größere Zahl von Angestellten auf die Strafe gesetzt werden. Aber auch deren Rechte seien zu schützen. Die U. S. P. D. beantragte, den kommunistischen Antrag zur Überweisung einer Kommission zu überweisen.

Die Beratung endete mit der Ablehnung des kommunistischen Antrages und des Antrages unserer Fraktion gegen die Stimmen der Bürgerlichen und Rechtssozialisten.

Die Frage der Neueinstellung von Beamten soll vom Magistrat geprüft und das Ergebnis der Stadtordehnungsversammlung mitgeteilt werden.

Zur Aufklärung von angeblichen Untersuchungen auf dem Schlichthof wurde eine Untersuchungskommission eingesetzt.

Weiter wurde der Magistrat aufgefordert, die Beschuldigungen der Kommunisten Degener, daß Stadtrat Brandt den Verlust eines fahdischen Autos verschuldet habe, nachzuprüfen.

Einem Antrag, den nicht Sozialisten und nicht Kommunisten Krankenanstalten eine Beihilfe von 600 000 M. zu gewähren und die Mittel zur Unterstützung von Säuglingsheimen, Krippen usw. für dieses Vierteljahr sofort zur Auszahlung zu bringen, wurde gegen die Stimmen der Kommunisten zugestimmt.

Die sozialistische Mehrheit forderte durch einen Beschluß vom Magistrat die Vorlage eines Planes zwecks Kommunalisierung und Neuschaffung von Kinderkrippen, Horten usw.

Die Stadtordehnungsversammlung erklärte sich des weitern damit einverstanden, daß zur

Belieferung Kinderbewahranstalten mit Breunholz

3 Millionen Mark und für eine

Belohnungsbeihilfe an Kinderbewahranstalten

3 Millionen Mark Verwendung finden sollen.

Das Elend der Beamten vor dem Reichstag

Wettkampf um die Gunst der Beamten — Die unabhängigen Anträge abgelehnt — Annahme der Regierungsvorlage

Der Reichstag erlebte gestern wieder einen großen Tag. Das Haus war fast vollständig besetzt. Die Nachrichten über die drohende Regierungskrise und die Ungewissheit über den Ausgang der Abstimmung über die zur Beförderungsreform der Beamten gestellten Anträge hatten auch die Säulenhallen angefüllt. Die Tribünen waren überfüllt. Zahlreiche Beamte hatten auf ihren Plätzen genommen und äußerten sogar gelegentlich ihre Zustimmung oder Ablehnung zu den Vorlesungen der einzelnen Redner.

Schon aus dieser Tatsache ging hervor, wie groß die Erregung unter der Beamenschaft ist über die ungenügenden Angehörigen, die die Regierung in ihrer Not machte. Selbst von bürgerlichen Rednern wurde anerkannt, daß die Zustimmung unter den Beamten gegenwärtig sehr groß ist und daß sie besonders deshalb anwillig sind, weil sie der Regierung wegen ihrer gesamten Wirtschaftspolitik die weitestgehende Schuld dafür beimessen, daß ihre ökonomische Lage sich in den letzten Monaten bedeutend verschlechtert hat.

Aber die besonders von den Deutschnationalen so sehr ersehnte Krise in der Regierung trat nicht ein. Die Abstimmung über die Regierungsvorlage und die zahlreichen dazu gestellten Änderungsanträge verlief ohne jeden Zwischenfall. Die Regierungsvorlage wurde mit einem von den Regierungsparteien gestellten Zusatzantrag und sofortige Auszahlung der Unterschiedsbeträge aus dem neuen Ortsklassenverzeichnis angenommen.

Der Finanzminister Wirth, der mehrfach das Wort ergriff, sagte die sofortige Auszahlung für die Orte, für die die Einteilung bereits fest ungewiss ist. Er erklärte sich ferner bereit, dem Unterstützungsfonds der Reichsministerien ausreichende Mittel zur Verringerung besonderer Fälle zur Verfügung zu stellen. Ferner soll die am 1. Januar fällige Dienstzulage sofort ausgezahlt werden.

In dem allgemeinen Wettkampf um die Gunst der Beamten, den die bürgerlichen Parteien angetrieben hatten, suchten die Deutschnationalen allen anderen bürgerlichen Parteien den Rang abzulaufen. Wer die Demagogie der Deutschnationalen nicht noch nicht kannte, der konnte sie gestern in Reinkultur kennenlernen. Sie, die die Beamten jahrzehntelang unter dem ersten ökonomischen und politischen Druck gehalten hatten, die den Beamten das Koalitionsrecht abstritten und ihnen das Petitionsrecht rauben wollten, die die Schuld daran tragen, daß vor und während des Krieges die Not der Beamten so unerträglich wurde; sie wollten sich jetzt den Beamten im Hinblick auf die bevorstehenden preussischen Landtagswahlen als die einzigen und wahren Freunde präsentieren. Vergeblich! Wohl von dem Finanzminister Wirth als insbesondere von den Rednern der Linken wurde ihnen die Maske rücklings vom Gesicht gerissen.

Aber alle Parteien, die Rechtssozialisten eingeschlossen, sind nicht geneigt, die Beamten als völlig gleichberechtigte Staatsbürger anzuerkennen. Sie wollen ihnen nicht die Rechte gewähren, die alle übrigen Schichten im Staate besitzen. Sie sind Gegner des Streikrechts der Beamten. In den nächsten Tagen, wenn die Unabhängigen eine Interpellation über diese Frage zur Beratung stellt, wird sich das in voller Klarheit herausstellen.

In zwei trefflichen Reden legten die Genossen Breunig und Kogke die Stellung der Unabhängigen Sozialdemokraten zu den Beamtenforderungen dar. Geschickt wies Breunig die Einwände des Finanzministers zurück, während Kogke in erster Linie die Demagogie der Deutschnationalen angriff.

Der Sitzungsbericht

Das Beamtenelend

Auf der Tagesordnung vom Donnerstag steht die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes über die neuen Teuerungszuschläge für die Beamten.

Rechtler (Hr.): Die Regierung hat sich darauf beschränkt, die Erhöhung der Kinderzuschläge vorzuschlagen. Der Ausschuss hat die Vorschläge des Regierungsentwurfes erörtert. In diesen Vorschlägen des Ausschusses hat sich die Regierung einverstanden erklärt.

Dem entgegen beantragen die Sozialdemokraten, daß der Teuerungszuschlag zum Grundbesatz und Ortszuschlag mit Wirkung vom 1. Oktober bei Grundgehältern bis 1000 M. auf 70 Prozent festgesetzt wird. Der Antrag der Unabhängigen verlangt eine gleichmäßige Teuerungszulage für alle Reichsbeamten von 10 000 M. jährlich. Weiter soll mit den Großorganisationen eine neue Regelung der Teuerungszulagen in Verbindung gebracht werden. Ein deutschnationaler Antrag verlangt für den Beamten einen 10prozentigen Teuerungszuschlag und entsprechende Kinderzuschläge in den Ortsklassen A 70 Prozent, in B und C 60 Prozent. Die Regierungsparteien beantragen weiter die Ausschaltung des am 1. Januar fälligen Gehaltes nach der Weihnachtszeit.

Abg. Stelupski (Soz.):

Die Not der Beamtenstandes kann nicht mehr überhoben werden. Die Regierung hat sich zu ihrem Eingreifen erst zwingen lassen, denn die Vorlage ist schon einen vollen Monat fertig. Sie hatten an unseren Prinzipien fest, besonders was die Kinderzuschläge betrifft. Die Beamten in den Großstädten und Großbetrieben haben von den Ortsklassenverzeichnissen so viel wie gar nichts. Die Bücher waren bisher ganz ausgeschlossen. Die Kinderzuschläge müssen bei allen Beamten gleichmäßig gestaltet werden. Die höher bezahlten Beamten haben ein Teuerungszulagenverhältnis, wie bei dem kleinen Beamten das ganze Gehalt ausmacht. Hier muß Wandel geschaffen werden. Die U. S. D. beantragt durch Teuerungszuschläge auf 10 000 M. festzusetzen. Ein Teuerungszuschlag von 50 bis 60 Prozent zum Grundbesatz ist wenigstens mit den Kinderzuschlägen zusammen wenigstens einigermaßen fühlbar. Wir behalten uns noch vor, nach dem Gang der Debatte einen weiteren Antrag einzubringen. Ein grundsätzlicher Wandel muß geschaffen werden in den Zuständen der Oberbeamtenenschaft. Bei der Post, bei der telegraphischen Reichsanstalt werden immer neue Räte und Referenten angestellt. Bei der Oberpostdirektion reichen die Räume nicht mehr zu, so daß an den Bau eines neuen Gebäudes für 25 Millionen Mark gedacht wird. (Hört, hört.) Hier muß abgebaut werden. Die Beamten wollen nur das Nötigste haben, um ihr Dasein fristen zu können. Sie werden verurteilt und treu ihre Pflicht erfüllen, wenn sie sehen, daß die Reichsregierung das ihre tut. (Beifall.)

Abg. Hergt (Dn.): Die Vorlage ist ungenügend ausgearbeitet. Bei einer allgemeinen Teuerung müssen alle Beamten berücksichtigt werden. Der Ausschuss hat die Klassen D und E mit einbezogen. Es ist unerträglich, daß die Regierungsvorlage für die Pensionäre nichts übrig hat. Wenn von den Beamten der Verzicht auf das Streikrecht verlangt wird, dann müssen sie zu ihrem Recht gelangen. Die gesamte Besatzung spricht von einer Regierungskrise, aber die Regierung sitzt auf ihrem Throne und schweigt. Wir verlangen

Reichsfinanzminister Wirth:

Niemandem war es unangenehmer als mir, die Geledigung der Vorlage wochenlang hinschieben zu sehen. Wer die Verfassung kennt, weiß, daß der Finanzminister allein die Vorlage nicht verabschieden kann. Die Reichsregierung kann nicht so heute auf morgen einen Schritt tun, der für Reich und Land so bedeutend ist, sondern sie muß zunächst mit Land und Gemeinde Bühlung nehmen.

Das Zusammenbrechen der Gemeindefinanzen zieht auch das Reich in Mitleidenschaft.

Es war gerade der preussische Finanzminister, der der Sozialdemokratie nahestehende Minister Lüdemann, der erklärt hat, daß er nicht in der Lage sei, die Folgerungen aus einem etwaigen Vorgehen des Reiches für Preußen zu ziehen. (Hört, hört.) Es muß endlich erkannt werden, daß von der Selbstseite her die Lage der Beamten nicht zu bessern ist. (Sehr richtig und Widerspruch.) Der Antrag der Deutschnationalen gibt den Beamten keine sofortige Hilfe, da er erst an den Reichsrat gehen muß, um den Ländern Gelegenheit zu geben, ihre Stellungnahme dazu zu erklären. Es ist darum unter allen Umständen besser, den Beamten noch vor Weihnachten Hilfe zu gewähren, wenn auch diese Hilfe etwas niedriger ist. (Beifall und Widerspruch.)

Die Vorlage der Regierung ist wohlüberlegt

und an ihr muß die Regierung unter allen Umständen festhalten. Sie will aber noch ein weiteres tun, und die am 1. Januar fälligen Dienstzulagen möglichst noch vor Weihnachten zur Auszahlung bringen. (Frankisches Geldstater und Zurufe links und auf den Tribünen.) Ebenso will sie gemäß dem Antrag Alkotte eine Höherstellung der Ortsklassen zu vornehmen, wo dies die genauen statistischen Erhebungen zweifelsfrei ergeben.

Die Regierungsvorlage verdient nicht die abschlägige Kritik von links und rechts. Der Minister verliest eine Anzahl Dankschreiben. (Heiterkeit links und auf den Tribünen.) Die Forderungen aus den Anträgen der Linksparteien würden eine Mehrbelastung von 8,8 Milliarden Mark bedeuten, das wäre nur eine weitere Erhöhung des Notenumlaufs, durch die letzten Endes die Not der Beamten vergrößert werden. (Sehr richtig in der Mitte — Widerspruch links.) Wenn der Abg. Hergt

eine Regierungskrise an die Wand malt,

so läßt er uns das nicht. Der Regierung liegt dies durchaus fern, sie will nichts, als den Beamten helfen, soweit es mit den Lebensnotwendigkeiten des Reiches vereinbar ist. (Beifall.)

Abg. Morath (D. Sp.): Es ist uns schwer gefallen, auf den Boden der Regierungsvorlage zu treten, aber nach genauer Prüfung der Lage, insbesondere der Finanzlage, war dies notwendig. Es wäre besser gewesen, man hätte aus dieser Frage keine politische gemacht. Und nicht mit unerfüllbaren Anträgen unter der Beamenschaft Wahlmache betrieben. (Sehr richtig! in der Mitte. — Widerspruch rechts und links.)

Abg. Breunig (U. S.):

Die Anerkennungen aus Beamtenkreisen, die der Herr Reichsfinanzminister verlesen hat, scheinen von einem Spaghogel zu stammen. (Sehr richtig! links.) Die vom Finanzminister genannte Summe von 8,8 Milliarden Mark Mehrbedarf infolge unseres Antrages ist zu hoch, denn sie ermächtigt sich dadurch, daß die hohen Beamten die Zulagen natürlich nicht proportional ihres Einkommens erhalten sollen. Wenn die Regierung über die Papiergeldnot klagt, so muß ich sagen, daß sie gar nichts dagegen unternommen hat, so wenig wie gegen die Schieber- und Buchergewinne. (Sehr richtig!) Der Antrag der Deutschnationalen bezieht von ihrer Seite eigenartig, denn gerade die Rechte hätte während der jahrelangen Herrschaft die Lage der Beamten günstig gestalten können. (Sehr richtig!) Die von ihr geforderte gleiche prozentuale Erhöhung ist ungerecht, da dadurch das Verhältnis zwischen der Bezahlung der höheren und unteren Beamten ganz außerordentlich vergrößert würde. Wir beantragen deshalb, daß

alle Beamten und Diätare die gleichen Teuerungszulagen von 10 000 Mark jährlich erhalten, denn die Teuerung trifft sie ebenfalls gleich und nicht proportional nach ihrem Einkommen. (Sehr richtig!)

Die Befolgungsvorlage ist nach den Behauptungen der Regierung auf dem Leistungsprinzip aufgebaut. Wir werden bei Beratung des Befolgungsgesetzes den Nachweis erbringen, daß dieses Prinzip nicht reiflos durchzuführen ist, ja, daß es vielfach zugunsten der höheren Beamten durchschlägt ist. Wenn wir jedoch die Behauptung der Regierung gelten lassen, daß das Leistungsprinzip voll durchzuführen ist, so sehen wir nicht ein, warum bei der Gewährung der Teuerungszulage dieses Prinzip, das auch beim Ortszuschlag schon durchbrochen wird, noch mehr zugunsten der hohen und höchsten Beamten umgewandelt werden soll.

Die drückende Notlage der Beamten ist vermindert durch die Politik der früheren bürgerlichen Regierungen, wie der der Regierung der Gegenwart. (Sehr richtig! d. d. U. S. P.) Denn die Beamten waren vor, während und nach dem Kriege andauernd ungenügend bezahlt. (Sehr richtig.) Redner kritisiert dann an einer Reihe von Einzelbeispielen das Geseh, insbesondere die Einreichung in die verschiedenen Kategorien.

Die allgemeine Not wird von Tag zu Tag größer und gerade unter den Beamten, die zum großen Teil gezungen sind, Geld auszugeben, bevor sie es eingenommen haben, während auf der anderen Seite auch heute Mietsgemeine gemacht werden, während die Regierung 3 1/2 Milliarden Deutschnationalen-Geldgaben an die Landwirte zahlt, 3 Milliarden für das Spielzeug der reaktionären Offizierskaste aufwendet usw. Die Steuerlast der bestehenden Klassen ist geradezu sprichwörtlich geworden, während die Arbeiter, Angestellten und Beamten durch den Steuerabzug aufs Schärfste erlastet worden. (Sehr richtig.) Das Hinabschieben der Einziehung des Reichsnotopfers ist dafür wieder ein prägnantes Beispiel. Die Regierung ist hart gegen die wirtschaftlich Schwachen und schwach gegen die wirtschaftlich Starke. (Sehr richtig! links.)

Unter Antrag, sofort mit den beteiligten Großorganisationen der Arbeiter und Angestellten der Reichsbetriebe (Eisenbahn, Post usw.) in Verhandlungen über die Erhöhung der Teuerungszulagen einzutreten, ist die Konsequenz unseres Antrages für die Beamten. Für die Staatsarbeiter und Angestellten trifft dasselbe zu wie für die Beamten und Diätare.

Die Teuerungszulagen trifft alle gleichmäßig.

Die Erregung wächst, und die Organisationsleistung ist erschlossen, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen. Die Ehrenämter, die Verkehrsbeamten und Arbeiter der Post sind nicht gewillt, ruhig zuzusehen, sie sind entschlossen, zum letzten Mittel zu greifen, wenn die Regierung nicht einlenkt. Sie behaupten, daß dadurch dreißig Volksmassen schwer mitleiden müssen. Die Organisationsleiter der Beamten und Arbeiter haben rechtzeitig alles getan, was notwendig war. Die Verantwortung trägt die Regierung und die Arbeiter dieses Hauses. Wer für die Beamten und Staatsarbeiter wirklich etwas tun will, muß für unsere Anträge stimmen, dabei wissen wir wohl, daß durchgreifende und dauernde Hilfe nur möglich ist, wenn das heutige Wirtschaftssystem durch das sozialistische abgelöst worden ist. (Beifall, Beifall links.)

Der Präsident verliest einen einmütigen Änderungsantrag Hergt und Großens (D. Nat.), der 60 Prozent Zulage auf die Teuerungszulage verlangt und 100 Prozent bzw. 90 Prozent bzw. 80 auf die Kinderzulagen der Ortsklassen A, B usw.

Abg. Dellus (Dem.): Die Forderungen der Beamten sind gewiß berechtigt, aber das Reich kann sie angesichts der Finanzlage bei

dem besten Willen nicht erfüllen. Eine Abmilderung der Teuerungszuschläge ist unter allen Umständen notwendig, da sich sonst der Unterchied der Gehälter zu sehr vergrößern würde. (Sehr richtig.) Wir haben genau das gleiche Herz für die Beamten wie die Deutschnationalen und die Parteien der Linken, aber die Lebensnotwendigkeit des Reiches macht die Anträge schließlich unerschütterlich. Wir sind deshalb für die Regierungsvorlage mit der Verbesserung durch den Antrag Alkotte. (Beifall i. d. Mitte.)

In der Beamenschaft besteht eine sehr starke Strömung zu passiver Resistenz und Arbeitseinstellung, hervorgerufen durch Leute, die sich ihnen als Führer aufdrängen. In südlichen Städten finden im Augenblick große Demonstrationen statt.

Abg. Metzner (Kommunist): Die Arbeiterchaft wird gemeinschaftlich Schulten an Schulten mit der Beamenschaft für ihre Forderungen eintreten. Warum parti der Staat, wenn es gilt, die Beamten zu bestrafen? An den hohen Gehältern der Minister liegt sich mehr abheben. Soziale Tausende haben nicht einmal das Existenzminimum. Wir fordern ein Existenzminimum einschließlich der Kinderzulage. Gegen das Streikverbot des Ministers Giesberts protestieren wir aufs energischste.

Preuß. Finanzminister Lüdemann: Die preuß. Staatsregierung ist von selbst bemüht, alles, was in ihren Kräften steht, für die Beamenschaft zu tun. Leider ist ihr da, wo die finanzielle Kraft des Staates aufhört, die Grenze gezogen. Es ist notwendig, daß bei Beratungen über die Bemessungen von Ausgaben auch die Länder gehört werden, damit das Reich aufmerksam gemacht wird, ob sie die Verantwortung für die Aufbringung der Mittel noch übernehmen können oder nicht.

Abg. Hergt (Dn.) verliert sich eine erneute Rechtfertigung der demagogischen Haltung seiner Partei.

Reichsfinanzminister Wirth: Eine ganze Reihe von Anfragen hat nach dem Sprüche des Antrages, Unterstützungsgelei aus dem Unterstufungsfonds sind bisher noch nicht abgelehnt worden. Mit der Ortsklasseneinteilung haben sich sowohl Reichsrat als auch die Länder seit langem beschäftigt, so daß eine Entscheidung bevorsteht. Der Antrag der Deutschnationalen, wie auch der der Sozialdemokraten ist für die Regierung nicht annehmbar. (Hört, hört.) In einem Stadium, wie dem jetzigen, ist es bedenklich, die Sozialen noch Lage und Wochen hinauszuhalten. Die Stimmung in der Beamenschaft fordert rasches Handeln. Deshalb wird es notwendig sein, daß der Vorschlag der Regierung angenommen wird.

Abg. Bauer (Soz.):

Für Auseinandersetzungen über das Streikrecht der Beamten ist jetzt kaum der rechte Augenblick. Die Sozialdemokratie hat die schwierigste Aufgabe überlassen: aus einem Trümmerfeld, das der Krieg übriggelassen hat, ein Staatswesen zu schaffen. Wenn die deutsche Volkspartei heute ihre Regierungskritik beweisen kann, dann höchstens dadurch, daß sie sich auf positive Leistungen der alten Männer beruft. Herr Hergt behauptet, die Deutschnationalen hätten in Würdigung der Lage der Beamenschaft den Antrag gestellt und seine Ausführungen seien getragen vom Geist der Verantwortung, der seiner Partei eigen sei. (Geschlatter bei d. Soz.) Wie groß der Ernst der Verantwortung ist, das hat sich gerade unter der Ministerschaft des Herrn Hergt im Dezember 1917 gezeigt, wo eine große Aktion für die Beamenschaft im Gange war und wo er und seine Partei im preussischen Abgeordnetenhaus gegen einer Erhöhung der Zulagen der Beamten fechteten war. Unter der Regierung Hergt hatten die Beamten kein Koalitionsrecht, noch mehr, man wollte ihnen sogar das Petitionsrecht nehmen. Seit der Revolution sind auch die Beamten freie Bürger, freie Menschen geworden.

Abg. Kogke (U. S.):

wendet sich gegen den Vorwurf, daß die Anträge der Linken von maßgeblichen Demagogen diktiert seien. In der Verschärfung des Kampfes tragen nicht die Beamten, sondern die Regierung, besonders das Postministerium, die Schuld. (Sehr richtig.) Das Streikrecht zur Erzielung besserer Lebensbedingungen darf den Beamten so wenig wie den Arbeitern genommen werden. (Sehr richtig.) Redner wendet sich dann gegen die Ausführungen von Hergt und weist darauf hin, daß damals den Beamten sogar das Koalitionsrecht genommen war. Es war höchste Zeit, daß die Beamten das Heiligtum abstreifen und in ihren Gewerkschaften zum wirtschaftlichen Kampf antreten.

Abg. Düwell (Komm.): Die Haltung der Regierung gegenüber den Beamten geht nur auf vollkommenen Restaurierung der alten Verhältnisse hinaus, ansonst durch das barmherzige Beispiel. (Sehr richtig.) Die Verordnung des Herrn Giesberts stellt einen glatten Verfassungsbruch dar.

In einer persönlichen Bemerkung stellt

Abg. Frau Zieg (U. S.):

fest, daß ihr vom Finanzminister Wirth als falsch bezeichnet. Zwischenruf, wonach die Regierung 87 Milliarden an die Redaktionen zahlt, auf der Tagesordnung, daß am 2. Dezember eine Sitzung des Reichskabinetts mit Vertretern der Arbeiter stattfand, in der diese die Einführung des feinerzeitigen Besprechens auf Ertrag der 80 Prozent der Baukosten bestanden haben, was heute 37 Milliarden ausmacht. (Lebhaftes Hört, hört!)

Nach weiteren persönlichen Bemerkungen entspinnt sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte über die Reihenfolge der Abstimmung über die eingegangenen Anträge. Dazu fordert Abg. Schulz-Strömberg (Dn.) zuerst die Abstimmung über den Soz. Antrag Müller, wogegen sich die Abg. Bursage (Str.) und Rieger (D. Sp.) wenden, während Abg. Frau Zieg (U. S.) und Koenen (Komm.) ihre Anträge als die weitestgehenden zuerst abstimmt haben wollen. — Das Haus beschließt die Abstimmung in der Reihenfolge Hergt, Müller, Koenen, Zieg.

In den folgenden Abstimmungen

wird der Antrag Hergt gegen die Stimmen der Deutschnationalen abgelehnt; der Antrag Müller (Soz.) mit allen bürgerlichen Stimmen gegen die vereinigten sozialistischen Stimmen abgelehnt; die Regierungsvorlage mit allen Stimmen gegen die Unabhängigen und Kommunisten angenommen; die kommunistischen und unabhängigen gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt; der Zusatzantrag Alkotte — Neuregelung der Ortsklassen — gegen die Kommunisten angenommen.

Es wird sofort die dritte Lesung vorgenommen. In der Schlussabstimmung wird das Gesetz gegen die Kommunisten angenommen.

Es folgt die Beratung des Abkommens mit der Schweiz.

Nach kurzen Ausführungen von Seiten der Regierung und einer daran anschließenden kurzen Debatte wird der Beschlusseinstimmig angenommen.

Freitag 12 Uhr: 1. Kleine Anfragen. 2. Interpellation Aberholz über Streikrecht der Beamten. 3. Etat des Ernährungsministeriums; Schluß 8 Uhr.

Einigungsverhandlungen in der deutschen Holzindustrie

Nach schwierigen Verhandlungen über die Erhöhung der Lohnsätze des Reichsarbeitsrats vom 3. Februar 1920 wurde am 8. d. Mts. im Reichsarbeitsministerium auf Vorschlag des unparteiischen Vorsitzenden, Regierungsrats Dr. R. Wiegert, zwischen den Verhandlungskommissionen vereinbart, daß alle Arbeiter und Arbeiterinnen über 22 Jahre am 13. Dezember 1920 ab auf die bestehenden Löhne eine Zulage von 10 Prozent, diejenigen unter 22 Jahren eine solche von 5 Prozent erhalten. Auf die bestehenden Tarifordnungen findet diese Lohnerhöhung sinngemäße Anwendung. Die beiderseitigen Verhandlungskommissionen werden ihren Mitgliedern die Annahme dieses Vorschlages empfehlen.

Grosser Weihnachts-Verkauf

Kinder-Bekleidung

- Kittel-Kleidchen aus warmen Stoffen, 43 cm lang von **19⁵⁰** an
- Kinder-Kleider 45 bis 70 cm lang, aus verschiedenen Stoffen und Formen, 45 cm lang **58⁰⁰** Jede weitere Cir. 4,00 mehr
- Knaben-Beinkleider Leibchenform, aus gemusterten Stoffen, für etwa 3 Jahre **22⁰⁰** Jede weitere Cir. 3,00 mehr
- Mädchen-Kleider 75 bis 100 cm lang, neue Formen und Stoffe 75 cm lang **84⁰⁰** Jede weitere Cir. 6,00 mehr
- Knaben-Sportblusen aus gestreiften Flanellstoffen für etwa 4 Jahre **43⁰⁰** Jede weitere Cir. 3,00 mehr

Spielwaren

- Wagen mit Pferd **6⁷⁵**
- Rollwagen **7⁷⁵ 11⁵⁰ 16⁰⁰**
- Bilderkubus **60 Pf. 2⁷⁵**
- Straßenrenner (ohne Rad) mit Gummireifen und Zahrad lackiert **152⁰⁰ 198⁰⁰ 205⁰⁰**
- Gesellschaftsspiele Würfeln, 1x1, Bilderlotto usw. **3⁵⁰ 6⁷⁵ 8⁵⁰**
- Eisenbahn mit Werk, auf Schienen, solide Ausführung **19⁵⁰ 25⁰⁰**
- Baby zum Teil mit Haar und Schlafaugen .. **2⁰⁰**
- Baby mit Haar und Schlafaugen **8⁵⁰ 12⁵⁰ 17⁵⁰**
- Kindertische weiss lackiert **45⁰⁰ 48⁰⁰**
- Kinderstühle weiss lackiert **36⁰⁰**

Ein Posten Tiere besonders preiswert wie: Bären, Katzen, Hunde usw., welche gestopft, z. Teil auf Rädern **4⁹⁰ 6⁷⁵ 8⁵⁰ 11⁵⁰ 14⁵⁰ bis 75⁰⁰**

Ein Posten Puppen-Baby-Wäsche **50 Pf. und 1⁰⁰**

Nur Leipziger Strasse

Photographisches Atelier Weihnachts-Aufträge auf Photographien, Vergrößerungen, Malereien schon jetzt erbeten

Leipziger Strasse Alexanderplatz
Allein-Verkauf für Zirkus Sarrasani

HERMANN TIETZ

Theater und Vergnügungen

- Volksbühne** Tägl. 7 1/2 Uhr
Der Richter v. Zalamea
- Neues Volkstheater** Tägl. 7 1/2 Uhr
Berilles v. Torus
- Proletarisches Theater** Tägl. 7 1/2 Uhr
Die Feinde von Maximilian
- Staatstheater** Tägl. 7 1/2 Uhr
Kitter Klauhart
- Peer Gynt** Tägl. 7 1/2 Uhr
- Königlicher Str. Frau Margt** Tägl. 7 1/2 Uhr
- Die spanische Nachtigall** Tägl. 7 1/2 Uhr
- Frihi Massary** Tägl. 7 1/2 Uhr
- Der letzte Walzer** Tägl. 7 1/2 Uhr
- Neues Operettenhaus** Tägl. 7 1/2 Uhr
- Die Csikosbaronesse** Tägl. 7 1/2 Uhr
- Rose-Theater** Tägl. 7 1/2 Uhr
- Der Erbfürster** Tägl. 7 1/2 Uhr
- Leipzig-Theater** Tägl. 7 1/2 Uhr
Amphitryon
- Deutsches Künstler-Theater** Tägl. 7 1/2 Uhr
Die Scheidungsrelle
- Friedrich-Wilhelmstadt Theater** Tägl. 7 1/2 Uhr
Gohheit die Tänzerin
- Th. am Hollendorfplatz** Tägl. 7 1/2 Uhr
Wenn Liebe erwacht
- Casino-Theater** Tägl. 7 1/2 Uhr
Der Zehntritt einer Frau
- Walthalla-Theater** Tägl. 7 1/2 Uhr
Kantelbinder
- Reizend Theater** Tägl. 7 1/2 Uhr
Lady Windermere's Fächer
- Triumph-Theater** Tägl. 7 1/2 Uhr
Kammermusik
- Central-Theater** Tägl. 7 1/2 Uhr
Die Internationale
- Folies Caprice** Tägl. 7 1/2 Uhr
Gala-Sänger
- Königlicher Theater** Tägl. 7 1/2 Uhr
Gala-Sänger

- Theater K. Kottbuser Tor** Tägl. 7 1/2 u. Sonntag nachm. 3 Uhr
Eilte-Sänger
- Concordias Palast-Theater** Tägl. 7 1/2 Uhr
Die Farantel
- Residenz-Kasino** Tägl. 7 1/2 Uhr
Gr. Ball
- APOLLO** Tägl. 7 1/2 Uhr
Seelöwen
- Kreuz-, Alaska-, Silber-Püchse** Tägl. 7 1/2 Uhr

Bitte ausschneiden!

Theater in der Kommandantenstraße 57
FRÖHER HERRNFELD-THEATER

Tägl. 7 1/2 U.: Berlins größter Lacherfolg
Der verjüngte Adolar
MUSIK VON WALTER KOLLO
Alice Hechy Ferry Sikla

Gültig für 1 bis 6 Personen.

Orch.-Fauteuil.	14.00	Park. 6./7. Reihe.	5.50
Rang-Fauteuil.		Rang.	4.50
Park.-Fauteuil.	8.00		(inkl. Steuer)

Gültig bis 23. Dezember

TRAURINGE
Eugenios, enorm billig
14. Nov. 553
Eugenios. Solle Garant für Feingehalt, hat vorzüglich am Lager Silber, Gold, Silberwaren. Kauf bei Gold, Silber, Brillanten in höchsten Preisen
H. BOCK, BERLIN O., Andrastrasse 44, platinen Janbort, Fernr. Nr. 3245

Spezial-Arzt Dr. Joffe für Geschlechts-, Haut-, Horn-, Frauenleiden, Nerven, Schwäche, Zophitis, Muren, Blasenentzündungen, Weissenhagen mit Gubenjonne, Dian u. Nierenleiden in der Heilung
Dir. O. Löser, Münzstr. 9
nahe Alexanderplatz, 5-1, 4-4, Sonntags 9-1, Damen freizut.

Bei Husten
Halsentzündung, Asthma u. Lungenerkrankungen
Sen-Rat
Dr. Wegscheider
Brust-Tee
Tropfen u. Pastillen
Jeder Ring ist Eugenios aus massivem Golde hergestellt bei voller Garantie für Feingehalt
Jeder Größe am Lager

Achtung, Brautleute!
1 Dukaten-Trauring
400 g. 150 Mk. an
555 106
333 65
inkl. Lohnsteuer.
Jeder Ring ist Eugenios aus massivem Golde hergestellt bei voller Garantie für Feingehalt
Jeder Größe am Lager

G. Alb. Thal
Kraus Berliner Spezialgeschäft für Trauringe
C19, Seydelstraße 3
(Spittelmarkt)
Eigene Fabrikation.

Asthma
Spezialarzt
Wiedervertäufer
F. B. Ad. Kaufmann
Friedrichstr. 114, Berlin
Telef. Marienpl. 145

Weihnachts-Angebote

Hosen größtenteils unter Anschaffungspreis, in modernen Streifenmustern, u. a. M. 218, 200, 175, 150, 125, 90, **65,-**

Westen Fantasie-Tuch, Waschwesten und einzelne Stoffwesten aus Resten M. 175, 160, 135, 110, 110, 90, 80, **35,-**

Morgenjoppen nur aus guter wollener Flauschware mit Seidenornamenten M. 400, 350, 300, 250, 210, **170,-**

Pelze Gehpelze, Sportpelze und Chauffeurpelze, je nach Qualität der Felle und Stoffe M. 5000, 4000, 3000, 2700, 2400, 2100, 1900, 1800, **1300,-**

Knaben-Anzüge in allen Fassons nur aus guten Stoffen, je nach Größe und Qualität, u. a. M. 250, 200, 180, 140, 125, 105, 95, 80, **65,-**

Knaben-Ulster in den neuesten Formen aus nur guten Qualitäten, u. a. M. 170, 160, 150, 140, 130, 120, 100, **85,-**

Herren-Ulster in Schließern, Raglan und anderen Fassons, im Preise herabgesetzt M. 1100, 950, 750, 650, 550, 425, **300,-**

Herren-Paletots aus gutem Cheviot, Eskimo oder Satin, im Preise herabgesetzt M. 950, 800, 700, 600, 500, **400,-**

BaerSohn Keine Füllaten mehr

Nur eine Verkaufsstelle **Nur** Chaussee-Strasse 29-30 **Nur**

Briefmarken, Münzen
kauft Grossmann, Johannisstr. Nordten 10622.

Läuse-Plage
auch Mücke, Haut (Kleider) bei Mensch u. Tier u. m. gel. gef. ...
Eckelbe. für Haut u. Haar ungeschädlich. Sie haben in ...
den Druggillen S. Oertl, Mosbit 21, Weidenstr. 18, ...
NO 43, Kienrich, S. E. Panger, S. Frau Franzen ...
Charl. Wilmersdorfer Str. 155, Central-Druggen, Dresden ...
E. Horn, W. A. Linker, 46, Frau Krug, N. Kienrichstr. ...
Humboldt-Druggen, N. Kienrichstr. 19, Otto Haus ...
Berlitz, 40, Frau Hempel, N. Schönhauser Allee 22, ...
grit, Weidenstr. Berliner Allee 13, Ambros ...
Kleins Andenberg, 12, Kienrich, Kienrich, Franz ...
Central-Druggen, Kienrich, Kienrich, 43 (am ...
Weidenstr. 40, Wilmersdorfer Str. 1, Druggen S. ...
Kohlenstrasse 74. Weitere Niederdruckhäuser ...

Keine Frau
Inhaberin Frau B. Koopmann, Berlin 218, ...
Beratung.

Dynamodraht
in Baumwolle, Seide und Emaille kauts jeden ...
Elektrobüro, Grüner Weg

Botenfrauen
steht sofort ein Speidion Charlottenburg, ...
frage 94, Straße 10 (Bader)

Religion Privatsache?

Von P. Kriskic

Genosse Crispian verteidigt in dem Aufsatz „Punkt 8 und 9 des Programms“ (Nr. 514-15) den Satz der Erklärung der Religion zur Privatsache und wendet sich gegen jenen Beschluss der Generalversammlung Berlin-Brandenburg, daß für die U. S. B. nur solche Kandidaten aufgestellt werden sollen, die keiner Religionsbekenntnis angehören. Da ich mit vielen Sozialisten den Punkt 8 des Leipziger Programms, wie den gleichlautenden Punkt 6 des Erfurter Programms durchaus nicht unantastbar, im Gegenteil für unbedingt verbesserungsbedürftig halte, so mir eine kurze sachliche Begründung meines Standpunktes gestattet.

Vorweg die Bemerkung, daß ich ebenso wie Crispian jedes Pfaffenstum, jedes Moralisieren und spießbürgerliches Arbeiten mit Tugendbegriffen ablehne. Ich vermag allerdings nicht die mit Däumig fahrelang an der Berliner freireligiösen Gemeinde geleistete Arbeit absparend zu beurteilen, obwohl ich den Inhalt seines freien Volkstumschismus sofort beim Erscheinen ablehnen mußte und nie Hehl daraus machte. (Er ist übrigens lediglich zur antimilitaristischen Aufklärung der Masse im Kriege geschaffen und niemals zum Unterricht in der freireligiösen Gemeinde und sonst benutzt worden.)

Crispian sagt: Religion ist Glaube, Glaube an eine übernatürliche Macht an Gott. Stimmt man dieser Begriffsfassung zu, dann sollte die einfachste Folgerung lauten: also macht die Religion den Menschen zu einem von Gott abhängigen Wesen, das sein Schicksal willig als Fügung Gottes auf sich nimmt. Der Anhänger einer solchen Religion ist darum als ausgesprochener Unselbständiger Mensch unfähig zur Umordnung der Gesellschaft. Die Anhänger dieser Religion sind daher als ausgesprochener Unselbständiger Mensch unfähig zur Umordnung der Gesellschaft. Die Anhänger dieser Religion sind daher als ausgesprochener Unselbständiger Mensch unfähig zur Umordnung der Gesellschaft.

Wenn trotzdem Punkt 6 des Erfurter Programms sich neutral verhält, so liegt hier, wie in manchen anderen Punkten, ein vorläufiger, taktischer Kompromiß vor, den die Vorsicht auf zeitliche Rücksichtigkeit veranlaßt. Inzwischen sind wir 30 Jahre weiter gekommen, und es fragt sich, ob taktisch die Vorsicht nicht auch aus praktischen Gründen durch eine solche der Klarheit abgelöst werden kann. Auch der Hinweis auf Singer ist mir nicht stichhaltig. Er blieb wegen des Antisemitismus gefühlsgemäß Jude, da es ihm widersprach, die Gemeinschaft verfolgter Kaffergenossen zu verlassen. Nehulich, sehr achtbare Gründe sprechen bei unsrer jüdischen Genossen mit, die sich nicht entschließen können, aus der jüdischen Glaubensgemeinschaft auszutreten.

Ich schließe mich Crispian's Begriff über Religion dagegen nicht an. Marx und Engels haben stets betont, daß auch die Religion ein soziologisches Problem ist, abhängig wie alle Vorstellungen des Menschen von der Gütererzeugung. Wenn sie dem religiösen Problem in seiner Wesenheit nur unzulänglich gerecht werden, so liegt das daran, daß sie zu ihrer Zeit nur mit dem unentwickeltesten Erkenntnisstand der Völkerkunde, der vergleichenden Religionswissenschaft und der Ethnologie arbeiten konnten. Mit dem heutigen wissenschaftlichen Rüstzeug der Naturwissenschaft und Gesellschaftskunde erscheinen Religionen als ein soziologisches Forschungsgebiet, das genau so wie die Wirtschaft, wie jede gesellschaftliche Erscheinung, triebhaftem Ursprung ist und seine eigene soziologische Entwicklungsform hat. Nur auf dem Gebiete der Religion eine Auffassung eines zur Zeit der mittleren Zivilisation, wie das Christentum, gegründeten Religionsbekenntnisses vertritt oder gar das aus der Entwicklungsstufe der Barbarei, wie das Judentum, ist nach dem marxistischen Grundbegriff der Geschlossenheit des gesellschaftlichen Lebens genau so rückständig wie jener, der das Feudalsystem oder die Kolter vertritt, die gleichfalls Erscheinungen früherer Kulturperioden sind. Er bleibt auf einem soziologischen Gebiet reaktionär, während er auf anderen fortgeschritten ist. Es bedeutet für mich schließlich eine Abjage an Marx, an die kulturelle Einheit und Geschlossenheit des Sozialismus, wenn man in Religionen ein reaktionäres Reservoir seines Inneren verteidigt. Ich halte es darum für eine Selbsttäuschung, wenn man die Behauptung einer reaktionären Anschauung längst vergangener Zeiten dadurch dem Entwicklungsprinzip entzieht, daß man sie als eine jedem ureigenste, zarteste Sache, als unüberhörbares Heiligtum betrachtet, indem jeder seinen Arianismus beibehalten darf. Deshalb trete ich für die Aenderung des Satzes: „Erklärung der Religion zur Privatsache“ etwa in dem Sinne ein: „Befreiung des religiösen Triebes von der unwissenschaftlichen Denkweise, der Abhängigkeit und der illusionären Ideologie der bisherigen religiösen Bekenntnisse. Abarmung des religiösen Triebes als Gemeinschaftserlebnis in der Natur, als Gemeinschaftsbetätigung in der Gesellschaft.“

Die Vernachlässigung der soziologischen Forschung auf religiösem Gebiet erscheint mir noch aus einem anderen Grunde verhängnisvoll. Sie schwächt den ethischen Schwung des Sozialismus und entfremdet diesem die ethisch veranlagten Menschen, besonders die durch Gemütswerte stark beeinflussten Frauen. Der Sozialismus, der in Durcharbeitung der soziologischen Probleme der Religion auch auf diesem Gebiet die höchsten Gemeinschaftswerte aufstellt, gewinnt dadurch zweifellos an Wirkung. Soweit der theoretische Standpunkt.

Es gibt aber auch eine praktische Seite. Sie ist aber bedingt durch das Erlebnis des Weltkrieges und die Erfahrungen, die in ihm mit der Kirche gemacht wurden. Der Wilmersdorfer Pfarrer Scheitler, Divisionspfarrer a. D., hat 1915 im Verlag Stegmann-Berlin, W. die Schrift „In Gottes Namen durch!“ erscheinen lassen. Dort findet sich S. 18 unter dem Abschnitt „Das palte Gott und kalte Eisen“ folgender Satz:

„Der Soldat soll todschlagen, soll dem Feind das Bajonett in die Rippen bohren, soll die laufende Klinge auf den Gegner schmettern, das ist seine heilige Pflicht, ja das ist sein Gottesdienst.“

Die durch die Hölle des Weltkrieges geschleiften Genossen, die diese Art des Christentums beobachten mußten, sind voll bitterer Ablehnung. Sie wollen mit dieser Religion endlich Schluss machen und aus dieser Erfahrung heraus verlangen sie eine unzweifelhafte, klare innere Loslösung von einem System, unter dem sie unendlich gelitten haben. Für sie bedeutet die private religiöse Gebundenheit die Aufrechterhaltung der einer vergangenen Kulturstufe zugehörigen Denkweise in einem Teil des Geistes, den sie frei von solcher Rücksichtigkeit wissen wollen. Und sie haben Recht damit.

Der Mord von Mechterstedt

Verhandlung vor dem Schwurgericht in Kassel

Im März dieses Jahres wurden, wie noch bekannt ist, bei Mechterstedt in Thüringen 15 unschuldige Arbeiter aus Bad Tbal ermordet. Der Mordgang war folgender: Wie anderwärts, so hatten sich auch in Thüringen die Arbeiter teilweise bewaffnet, um den monarchistischen Banden, die sich um den General Lüttwich scharten, Widerstand zu leisten. Die bewaffneten Arbeiter lenkten den Haß der Kappisten auf sich, in Marburg bildete sich ein Zeitfreiwilligenkorps aus Studenten, das auf eine dunkle Denunziation hin nach Thüringen zog, um hier einen Raubüberfall durchzuführen. Die Arbeiter hatten sich keiner ungeschicklichen Handlung schuldig gemacht. Sie waren außerdem durch die versassungsmäßige Regierung aufgefordert worden, sich zu bewaffnen, und wenn notwendig, den Lüttwichbanden Widerstand zu leisten.

Die Studenten rüsteten sich in Marburg aus, als ob sie in einen früh-schließlichen Krieg ziehen würden. Die Zeitfreiwilligen standen unter dem Kommando des Korporantenkapitän von Selchow. In Thüringen angekommen, nahmen sie in verschiedenen Orten des Hainleins eine Anzahl Arbeiter fest, darunter auch 15 Arbeiter aus Bad Tbal. Die Gefangenen wurden nach Mechterstedt transportiert und auf dem Amtsgericht durch den Oberleutnant Valbus vernommen. Die Gefangenen kamen dann nach Sättelbadi, blieben hier über Nacht und sollten am anderen Tag mit dem Korps, das nach Gotha marschierte, mitgeführt und einem Gericht übergeben werden.

Der Abmarsch ging in den Morgenstunden vor sich. Es herrschte dichter Nebel, und die Zeitfreiwilligen behaupten nun, die gefangenen Arbeiter hätten einen „Fluchtversuch“ unternommen und wären dabei erschossen worden.

Diesen Angaben ist aber kein Glaube beizumessen, denn die Gefangenen sind nicht auf einmal, sondern im einzelnen erschossen worden. Alle wiesen direkte Kopf- oder Herzschüsse auf, die aus nächster Nähe abgegeben worden sind. Der Fall beschäftigte schon einmal das außerordentliche Kriegsgericht in Marburg, das nach mehreren Tagen die angeklagten Stu-

denten freisprach, obwohl die Beweisaufnahme nicht ergeben hatte, daß die Angeklagten „auf der Flucht“ erschossen worden sind. Es muß mit aller Bestimmtheit angenommen werden, daß die Zeitfreiwilligen an den Thüringer Arbeitern ein Exempel statuieren wollten. Schon während des Krieges ist von deutscher Seite wiederholt gegen Gefangene, die man gerne los sein wollte, so verfahren worden, daß man sie „auf der Flucht“ erschößt. In der Revolutionszeit ist dieses Mittel mit Vorliebe von den Freikorps angewendet worden; viele unschuldige Arbeiter wurden auf diese Weise ermordet. Es ist eine Art abgefärbtes Verfahren, das einen Gerichtsprozeß abkürzt und den Würdern bei dem Stand der deutschen Rechtspflege die volle Straffreiheit sichert.

Der Mord an den 15 Arbeitern hat seinerzeit großes Aufsehen hervorgerufen. Noch mehr Empörung rief der Freispruch des Kameradengerichts in Marburg hervor. Es kam zu einer Wiederanfrage des Verfahrens, und da die Militärgerichtsbarkeit inzwischen abgeschafft worden ist, wurde der Fall dem Schwurgericht in Kassel übergeben. Der Prozeß wird am Montag, den 13. Dezember, beginnen.

Angeklagt sind die Studenten Engelbrecht, Jahn, Krauß, Göbel, Heerhader, v. Uffel, Koch, Böcker, Bog, Schäfer, Springer, Redelmann, Lange und Blum, die sämtlich von Rechtsanwalt Luetgebrune-Göttingen verteidigt werden. Die Angeklagten, die in Marburg studieren, haben sich, nachdem die Zeitfreiwilligen aufgelöst werden mußten, mit anderen Korporalbrüdern der Deggisch angegeschlossen und spielen bei der Organisation der Gegenrevolution in Hessen eine hervorragende Rolle.

Ermordet wurden folgende Arbeiter: Karl Hornschuh, Alfred Köpfler, Karl Fildner, Gustav Wedel, die Holzhauser Ernst und Karl Schröder, sowie die Fabrikarbeiter Paul Döll, Otto und Fritz Fildner, Schuhmacher, Reinhold Steinberg, die Uhrmacher Albert und Gustav Soldan, Alexander Hartmann, Otto Bah und Rudolf Rosenstock, alles ehrenwerte Arbeiter, die kinderreiche Familien oder alleinstehende Eltern hinterließen.

Der Prozeß wird etwa 10 Tage dauern. Es sind im ganzen 60 Zeugen geladen. Die Beweisaufnahme wird schon deshalb ein anderes Bild ergeben, weil das Kameradengericht eine große Anzahl Belastungszeugen nicht vernommen ließ und anderen bei wichtigen Aussagen das Wort abschnitt. Wir werden über den Prozeß berichten.

Preussische Landesversammlung

Privatkapitalistische Spekulanten

In der Preussischen Landesversammlung stand gestern der Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung zur Beratung. Dieser Etat hat in der Jetztzeit besondere Bedeutung, weil die wirtschaftlichen Ergebnisse der Staatsbetriebe von den privatkapitalistischen Interessentengruppen gegen die Sozialisierung als Schreckgespenst aufgeführt werden.

Diese Uebung der kapitalistischen Presse brachte auch der erste Redner aus dem Hause der Rechtssozialist Hue, zur Sprache, um das entschieden zurückzuweisen. Hue legte an Hand von Etatsberichten der Friedenszeit und aus einem Beispiel aus den letzten Jahren dar, daß die soviel geschmähte Einengung der Staatsbetriebe durch die Parlamentsaufsicht gar nicht in dem Maße gehandelt sei, wie das behauptet werde. Die sogenannte Aufsicht des Parlaments verhinere nicht und habe nicht verhindert, daß Millionen-Beträge eingenommen und Millionen-Lieferungen abgeschlossen würden, ohne daß das Parlament gefragt würde. So sei der staatlichen Kohlenbergwerksverwaltung vom Kohlenhublat eine Nachzahlung von verschiedenen Millionen gemacht worden, die aber weder im Etat noch in den Berichten zu finden seien. Staatliche Zechen haben mit einer Privatgesellschaft (Zechen König Ludwig) einen Vertrag über Lieferung von Teer abgeschlossen, der der Privatgesellschaft Millionen-Gewinne brachte, bis heute aber noch keinem Mitglied des Parlaments vorgelegt worden sei. Ähnlich verhalte es sich mit anderen Verträgen, wozu ein staatliches Bergwerk an eine Privat-Elektrizitätsgesellschaft Kohlen liefere zu einem Spottpreise. Trotz alledem sei aber nicht wahr, daß der Staatsbergbau sich schlechter rentiere als der Privatbergbau. Vor dem Kriege sei sogar im staatlichen Bergwerk eine höhere Rate erzielt worden als im Privatbergbau.

Hue ging dann zur Sozialisierungsfrage über und verurteilte stark die Versuche, den Sozialisierungsgedanken durch Vorschläge

Hunger

Roman von Knut Hamsun.

Ha, ha, so mußte man die Bestien behandeln! Mit der ausgefuchtesten Unverschämtheit! Das imponierte den Bestien, das schreckte die Bestien... Ich war sehr zufrieden mit mir und begann ein Liedchen zu trällern. Alle Perren durch die Lustregung angepannt, ohne einen Schmerz zu empfinden, sogar ohne irgendwelches Unbehagen ging ich leicht wie eine Feder über den ganzen Platz, ging bei den Bazars um die Ecke und ließ mich auf einer Bank bei der Erbsenstraße nieder.

War es nicht ziemlich gleichgültig, ob ich die zehn Kronen zurückschickte oder nicht. Wenn ich sie bekommen hatte, gehörten sie mir, und dort, woher sie kamen, war gewiß keine Not. Annehmen mußte ich sie doch, da man sie mir ausrücken schickte; es hätte doch keinen Sinn gehabt, sie dem Dienstherrn zu überlassen. Um so weniger ging es an, einen ganz anderen Zehnkrönenschein zurückzuschicken als den, welchen ich bekommen hatte. Es war also nichts dabei zu machen.

Ich versuchte das Getriebe vor mir auf dem Platz zu beobachten und meine Gedanken mit gleichgültigen Dingen zu beschäftigen; aber es gelang mir nicht, und ich mußte immer nur an die zehn Kronen denken. Schließlich ballte ich die Fäuste und wurde zornig. Es würde sie verlesen, sagte ich, wenn ich sie zurückschickte; weshalb es also tun? Stets ging ich umher und hielt mich für alles mögliche zu gut, schüttelte den Kopf und sagte: Nein, danke schon! Nun sah ich, wohin das führte — ich stand wieder auf der Straße, selbst als ich die Ursache dazu hatte, behielt ich mein gutes, warmes Logis nicht; ich war stolz, sprang beim ersten Wort auf, bezahlte zehn Kronen nach rechts und links und ging auf meiner Wege... Ich ging scharf mit mir ins Gericht, weil ich meine Wohnung verlassen und mich wieder in solche Verlegenheit gebracht hatte.

Übrigens mochte der schwefelgelbe Teufel das Ganze holen! Ich hatte ja nicht um das Geld gebeten, ich hatte es einmal in Händen gehabt, sondern es sofort weitergegeben, wildfremde Menschen damit bezahlt, die ich im Leben nicht wiedersehen würde. Ja, solch ein Mann war ich, bezahlte stets bis auf den letzten Heller, wenn es galt.

Wenn ich Majali recht kannte, so bereute sie auch nicht, mir das Geld geschickt zu haben; was quälte ich mich denn eigentlich? Das war das wenigste, was sie tun konnte — mir dann und wann zehn Kronen schicken. Das arme Mädchen war ja auch in mich verliebt... Und ich prahlte tüchtig mit diesem Gedanken vor mir selbst. Ohne Zweifel, sie war verliebt in mich, das arme Mädchen!...

Es war fünf Uhr. Abermals fiel ich nach meiner langen nervösen Erregung zusammen und empfand von neuem das leere Säulen im Kopfe. Ich blidte geradewegs, hielt die Augen starr geöffnet und sah nach der Elefantenantapothek hin. Der Hunger wütete in mir, und ich litt heftig. Während ich noch so in die Luft sehe, klärt sich vor meinem Blick eine Gestalt, die ich schließlich ganz deutlich sehe und wiedererkenne: die Kuchenfrau neben der Elefantenantapothek.

Ich jude zusammen, richtete mich auf und denke nach. Ja, es hatte seine Richtigkeit, es war dasselbe Weib hinter demselben Tisch auf derselben Stelle. Ich pfeife ein paarmal, knipse mit den Fingern, stehe auf und gehe nach der Apothek hinüber. Nur keinen Ansturm! Ich scheerte mich den Teufel, ob es Sündengeld oder gutes, norwegisches Krämergeld von Silber aus Königsberg war! Ich wollte nicht lächerlich sein, man konnte auch aus übertriebenem Hochmut sterben...

Ich gehe an die Ecke, fasse das Weib ins Auge und stelle mich vor sie hin. Ich lächelte, nickte wie bekannt und richtete meine Worte so ein, als ob es selbstverständlich gewesen, daß ich noch einmal wiederkommen würde.

„Guten Tag!“ sagte ich. „Sie kennen mich wohl nicht wieder?“

„Nein“, antwortet sie langsam und sieht mich an.

Ich lächelte noch mehr, als sei es nur ein kostbarer Scherz ihrerseits, daß sie mich nicht wiedererkenne und sagte:

„Befinnen Sie sich nicht, daß ich Ihnen einmal etliche Kronen gegeben habe? Damals sagte ich nichts, soweit ich mich erinnere; ich pflegte das nicht zu tun. Wenn man mit ehrlichen Leuten zu tun hat, ist es nicht notwendig, was zu verabreden und loszusagen seine Kontrakte wegen jeder Kleinigkeit zu machen. Ha, ha! Ja, ich war es, der Ihnen damals das viele Geld gegeben hat.“

„Nein, wirklich, Sie waren es! Ja, jetzt kenne ich Sie auch wieder, wenn ich recht nachdenke...“

Ich wollte verhindern, daß sie sich für das Geld bedanke, und sage deshalb schnell, während ich schon mit den Augen die Schwären auf dem Tische ausfuche:

„Jetzt komme ich, um mir die Kuchen zu holen.“

Das versteht sie nicht.

„Die Kuchen“, wiederhole ich, „jetzt will ich sie mir holen!“ sage ich und lache laut, als ob es ihr sofort hätte einleuchten müssen, daß ich sie holen will. Ich nehme auch einen Kuchen vom Tisch, eine Art Franzbröt, und beiße hinein.

Als das Weib dies sieht, steht sie in ihrem Kesselloch auf, macht unwillkürlich eine Bewegung, wie um ihre Waren zu beschützen, und gibt mir zu verstehen, daß sie mich nicht zurückwartet habe, um sie zu berauben.

Nicht? Wirklich nicht? Sie sei wirklich eine kostbare Frau! Ob sie je erlebt habe, daß ihr jemand einen Haufen Kronen zur Aufbewahrung gegeben, ohne daß der Betreffende sie zurückverlangt habe? Nein — also sehen Sie! Ob sie glaube, daß es gestohlenes Geld gewesen, da ich es ihr in dieser Weise hingeworfen? Na, das glaubte sie also nicht; das war doch gut, wirklich gut! Es sei lieb von ihr, wenn ich mich so ausdrücken dürfe, daß sie mich doch für einen ehrlichen Mann hielt. Ha, ha! Ja, sie sei wirklich lässlich!

Weshalb ich ihr denn das Geld gegeben habe? Das Weib wurde wütend und schrie laut.

Ich erklärte, weshalb ich ihr das Geld gegeben, erklärte es ruhig und nachdrücklich: Es sei meine Gewohnheit, so zu handeln, weil ich alle Menschen für gut halte. Stets, wenn mir jemand einen Kontrakt bot, einen Schein, so schüttelte ich den Kopf und sagte „Nein“, danke bestens. Bei Gott, das tat ich!

Die Frau begriff es aber immer noch nicht.

Ich griff zu anderen Mitteln, sprach scharf und verbat mir jeden Ansturm. War es ihr denn noch nicht passiert, daß jemand sie auf diese Weise im Vorstoß bezahlt hatte? fragte ich. Natürlich meinte ich Leute, die viel Geld hatten, einige von den Konsuls zum Beispiel. Nie? Ja, ich konnte es aber nicht entgelten, daß ihr diese Umgangsform neu sei. Im Ausland sei das Schick und Brauch. Sie sei vielleicht nie über die Landesgrenze fortgekommen? Nein? Also sehen Sie! Dann könne sie in dieser Sache auch gar nicht mitreden... Und dabei griff ich nach mehreren Kuchen auf dem Tische.

(Schluß folgt.)

